



Digitalisierung der Verwaltung! Welchen Plan hat die Bundesregierung? Hat die Bundesregierung einen Plan?

Wie ernst meint es die Fortschrittskoalition mit der Digitalisierung der Verwaltung? Im Koalitionsvertrag der Ampel heißt es: „Wir wollen einen grundlegenden Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat ...“ und „... das Onlinezugangsgesetz (OZG) geht mit einer ausreichenden Folgefinanzierung einher“.

Diesem Anspruch werden die aktuellen Mittelansätze im Bundeshaushalt 2024 nicht im Ansatz gerecht. Das Onlinezugangsgesetz ist noch lange nicht umgesetzt, das breitflächige Ausrollen der einzelnen Digitalprojekte ist noch lange nicht abgeschlossen und das Ziel einer umfassenden Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen bleibt vorerst weitgehend verfehlt. Bis Ende 2022 sollten bundesweit 575 Leistungen online verfügbar sein, tatsächlich waren es nur 105, d. h. 18 Prozent des Ziels. Dennoch werden die Mittel drastisch gekürzt. Im Einzelnen:

- Mittel für die Digitalisierung der Verwaltung (Onlinezugangsgesetz, OZG) werden von 377 Mio. Euro auf 3,3 Mio. Euro gesenkt.
- Mittel für die zentrale Koordinierungs- und Vernetzungsstelle für Digitalisierungsvorhaben werden von 9,6 Mio. auf 36,9 Mio. Euro angehoben.
- Künftig sollen sich die einzelnen Ministerien um die Finanzierung ihrer Onlinezugangsleistungen kümmern.
- Die Mittel für Registermodernisierung sinken von 83 Mio. auf 70 Mio. Euro.
- Die Mittel für das Leuchtturmprojekt „digitale Identitäten“ sinken von 60 Mio. auf 40 Mio. Euro.

Ein Gesetzesrahmen für ein OZG 2.0 steckt noch im parlamentarischen Verfahren. Von den dafür veranschlagten Mitteln in Höhe von 575 Mio. Euro einmalig und 27 Mio. Euro jährlich findet sich in der Haushaltsplanung für 2024 kein Ansatz. So wird das nichts mit der Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland. Die Bundesregierung muss ihre Planungen grundlegend korrigieren. Ausgabenreste aus den Vorjahren in Höhe von 300 Mio. Euro sollten auf jeden Fall zur Verfügung gestellt werden.

Völlig offen ist zudem, wie es mit den Projekten weitergeht, die 2020 über ein Sonderpaket von 3,5 Mrd. Euro für digitale Verwaltungsprojekte von Bund und Ländern auf den Weg gebracht worden sind. Viele drohen ohne Anschlussfinanzierung ins Stocken zu geraten. Die Länder sind verunsichert.

Die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland ist noch lange nicht da, wo sie sein sollte. So findet sich Deutschland im DESI-Index der EU-Kommission nur auf Platz 13, im Bereich Verwaltungsdigitalisierung nur auf Platz 18. Viele andere Länder sind in der Digitalisierung der Verwaltung schneller und weiter.

Vor diesem Hintergrund brauchen wir mehr Investitionen in die Digitalisierung der Verwaltung und nicht weniger. Dass ein Teil des 3,5 Mrd. schweren Sonderpaketes von 2020 nicht abgerufen worden ist, heißt nicht, dass die Mittel nicht nötig wären, sondern nur, dass man anscheinend nicht in der Lage ist, Digitalisierungsprojekte zügig umzusetzen. Am Bedarf dürfte es nicht fehlen. Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine einzigartige Chance für Deutschland, um unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, die Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft zu bewerkstelligen und den Arbeitskräftemangel durch die Demografie zu kompensieren. Hier müssen wir schnell und mit Wucht handeln. Es sollte unser Ehrgeiz sein, unter die Top 10 des europaweiten Desi-Index zu kommen. Dafür brauchen wir mehr und nicht weniger Haushaltsmittel.

Mehr Geld ist notwendig, aber nicht hinreichend. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist zäh. Es fehlen Entscheidungskompetenzen, Durchsetzungswille und -kraft. Die Prozessstrukturen sind unzureichend. Digitalisierung muss auch als Neugestaltung der Verwaltung verstanden werden. Die Bundesregierung muss für klare Strukturen, Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse sorgen. Statt die „Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung“ im Organigramm der Bundesregierung zu streichen wäre es besser gewesen ein eigenständiges handlungsfähiges Digitalisierungsministerium einzurichten mit eigenen Kompetenzen und ausreichend Ressourcen und einem substanziellen Digitalbudget. Die Bundesregierung muss einen Plan haben, und es muss jemand das Heft in die Hand nehmen.